

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-71652](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-71652)

Der Anmerkender

(Zersprecher Nr. 5.)

erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postanfragen und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühren für die einseitige Kleinzeile (oder deren Raum) für Auftraggeber aus dem Herzogtum Oldenburg 20 Pfg., für außerhalb des Herzogtums wohnende 25 Pfg. Anzeigen kosten 75 Pfg. Die Kleinanzeigen werden am jeweiligen Dienstage; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten. Für die Rückgabe unerlangt eingelaufener Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Unrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Nachschriften bei Aufgabe der Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 14.

Westerstede, Freitag den 17. Januar 1919.

59. Jahrgang

Erstes Blatt.

Hierzu ein zweites Blatt.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die angekündigte Berufung eines Kaufmanns ins Auswärtige Amt als Unterstaatssekretär ist nun erfolgt, und zwar ist es Dr. Köpfer aus Stettin. Der neue Unterstaatssekretär war während des Krieges der Befehlshaber in Kopenhagen ausgeübt und hat dort mit dem jetzigen Staatssekretär Grafen Brodorski-Nangau zusammen gearbeitet.

Eine Reihe Neuwahlen von NSD ist angeordnet worden. So hat der Zentralrat der Deutschen Republik an die NSD der Städte Duisburg, Wülheim a. Ruhr, Oberhausen, Hamborn (Rheinland) und Walsum (Rheinland) telegraphisch das dringende Ersuchen gerichtet, auf Grund des Verhältniswahlsystems sofort Neuwahlen vorzunehmen. In den genannten Städten haben sich, hervorgerufen durch ungerechte und ungeordnete Wahlen, unheilbare Zustände entwickelt, die nur geändert werden können, wenn durch die Verhältniswahl jede Partei die ihrer Stärke entsprechende Siege in der NSD erhält.

Zur Sicherung des Wahlrechtes der Soldaten ist eine weitere Verordnung erlassen worden. Danach sind die Angehörigen des Heeres und der Marine, die am 19. Januar 1919 zur Bewachung von Wahlräumen kommandiert und daher verhindert sind, in ihrem Wohnorte zu wählen, berechtigt, das Wahlrecht in den Wahlräumen, aus deren Bewachung sie kommandiert sind, auszuüben, auch wenn sie dort in der Wählerliste nicht eingetragen sind.

Eine wesentliche Verschärfung der Grenzschutz ist bildet die brandenburgische Regierung, indem sie Truppen, die sich auf der Bahnfahrt nach Osten befinden, anhält und entwaffnet. Das Generalkommando in Hannover ließ daher neuerdings den Bahnhofs-Vorfeld bei Bramsche besetzen, um unter allen Umständen den Verkehr auf der Eisenbahnstrecke Berlin-Bramsche-Hannover zu sichern. Gegen diese Maßnahme hat die brandenburgische Landesregierung Protest erhoben.

Zum Schutz gegen unruhige Elemente ist der Postzug in Bayern eingeführt worden. Jeder Postkutscher, der sich im rechtsrheinischen Gebiet des Postkutsches Bayern anhält, ist verpflichtet, sich durch einen Post- oder Polizeibeamten auszuweisen. Für den kleinen Grenzverkehr wird besondere Bestimmung getroffen.

Luxemburg.

Die Revolution hat auch hier an Boden gewonnen. Die Großherzogin ist aus der Hauptstadt geflüchtet wegen drohender Kundgebungen vor ihrem Schloß. Die revolutionäre Partei fordert den Anschluss an Frankreich und hat zu diesem Zweck eine Abordnung nach Paris entsandt.

Aus In- und Ausland.

Gen. Hier vertrieben mehrere Spartakisten, zum allergrößten Teil junge Leute, die Kruppischen Baracken verlassen. Der Plan scheiterte daran, daß die in den Kruppischen Baracken beschäftigten Arbeiter jede Gemeinschaft und jedes Zusammengehen mit Spartakus energig zurückwiesen.

Saig. Ein großer Teil der Belegschaft der Braunkohlengruben im Westfälischen Gebiet ist in den Ausstand getreten. Durch den Ausstand ist die Überlandzentrale Saarfreis-Bitterfeld genötigt, ihre Stromlieferung einzustellen.

Frankfurt a. M. Hier ist ein Eisenbahnstreik ausgedehnt und der gesamte Betrieb ruht.

Wien. Die wirtschaftliche Lage in Wien gestaltet sich von Tag zu Tag kritischer, da die Kohlen- und Winteraufhebungen vollkommen ausgeblieben sind. Es sind in dem ganzen von den Polen besetzten Gebiet der Provinz Polen nur noch für 11 bis 12 Tage Kohlen vorhanden. — Die hiesige Stadtverordnetenversammlung ist aufgelöst worden.

Amsterd. Wie aus London gemeldet wird, fanden in England erneute Demonstrationen der Soldaten statt, die die sofortige Demobilisation forderten.

Paris. Die Alliierten haben beschlossen, keine internationale Kohlenkontrolle auszuüben.

Paris. „Matin“ meldet ergänzend, daß die Alliierten eine Verlegung des Goldbestandes der Reichsbank fordern werden.

Stockholm. Der Versuch der französischen Gesandtschaft in Kopenhagen, die Auszahlung der Bankguthaben an Deutsche und Österreicher zu verhindern, erregt hier großes Aufsehen. Ein ähnlicher Schritt ist hier bisher nicht erfolgt, wäre auch ausschließlos.

Lugano. Die demobilisierten italienischen Offiziere haben einen „Wilson-Bund“ gegründet, der sich zum Ziel gesetzt hat, die 14 Punkte Wilsons zu verfechten. In Mailand fanden wieder größere revolutionäre Demonstrationen statt.

Odesa. Eine schwere Niederlage der Bolschewisten zählten hiesig am Sonntag. Es verloren viele Geschütze, Maschinengewehre und etwa 1000 Gefangene.

Buenos Aires. Die Lage wird wieder normal. Dreibundert Militäres wurden verhaftet, wodurch sich die Zahl der seit drei Tagen verhafteten Verurteilten auf 800 erhöht. 50% der Verhafteten sind Russen. Einige Werkspezifische wurden mit Laßlos eingesperrt. Es gab 400 Tote.

Unsere Ernährung und die Entente.

Die Lage ist ernst!

Berlin, 15. Januar.

Nach einer Meldung aus Paris hat der feindliche Oberste Kriegsrat beschlossen, daß wir für die Lebensmittel, welche die Alliierten liefern sollen, alle Kaufverträge in deutschen oder neutralen Wägen für den Transport der Lebensmittel hergeben müssen.

Aber die Lage in Deutschland äußert sich die Reichsregierung folgendermaßen: Die inländischen Zufuhren an Getreide haben sich zwar etwas günstiger gestaltet, als nach den Einlieferungen im November angenommen werden mußte, und auch die Winterernte mit Kartoffeln ist bei der Mehrzahl der Städte infolge des frohtreuen Wetters besser gelungen, als vorauszuweisen war. Aber unsere Vorräte im Lande sind deshalb nicht größer geworden, und unsere Ernährungslage ist noch ebenso ernst, wie das vom Staatssekretär des Reichsernährungsamts dargelegt worden ist, wenn nicht in kürzester Zeit die in den Waffenstillstandsverhandlungen angebotenen Zufuhren aus Amerika erfolgen.

Wilson's Vermittlung.

In der Note Wilsons an den Kongress, in der er für die Lebensmittelfrage 100 Millionen Dollar fordert, heißt es u. a.: Der Volkswirtschaft rückt immer mehr nach Westen vor und begreift Deutschland. Er kann nicht mit Gewalt, wohl aber mit Lebensmitteln aufgehalten werden. Alle leitenden Männer, mit denen ich berate, sind sich darüber einig, daß gemeinsames Handeln in dieser Angelegenheit von größter Bedeutung ist. Das Geld wird nicht für Lebensmittel für Deutschland selbst gebraucht werden, denn Deutschland kann seine Lebensmittel kaufen, aber es muß angewandt werden, um die Lebensmittelerzeugung Polens, der befreiten Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie und anderer Bundesgenossen auf dem Balkan zu finanzieren. Ich weiß nicht, wie wir die nötige Macht finden werden, um Frieden zu schließen, wenn dieses Mittel, um den Strom des Anarchismus abzuwenden, nicht angewandt wird. — Das Präsidium hat diese Forderung Wilsons förmlich bewilligt.

Die Folgen der Ausföhrung.

Die amtlich bekanntgegeben wird, befristet es sich, daß die Zunahme der Todesfälle während der ersten beiden Kriegsjahre erheblich höher, nämlich Ende des Jahres 1918 um (Schätzung des „Kriegsministeriums“) einen außerordentlich Umfang erreicht hat. Die Gesamtzahl der amtierenden auf die Unterernährung zurückzuführenden Todesfälle der Zivilbevölkerung erreicht bei vorläufiger Feststellung mehrere Hunderttausend. Die Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen. Genaueres wird noch mitgeteilt.

Frankreichs Forderungen.

50 Milliarden Mark.

Stuttgart, 15. Januar.

Auf einer amtlichen Konferenz teilte Staatssekretär Erzberger mit, der Marschall Foch halte für eine angemessene Entschädigung für den Wiederaufbau Belgiens und Nordfrankreichs den Betrag von 30 Milliarden für die anderen Schäden die Summe von 20 Milliarden Mark für angemessen. Als Sicherheit würden die Alliierten die Verpfändung der deutschen Eisenbahnen und der deutschen Forten fordern. Weiter teilte Erzberger mit, daß die Entente infolge der neuerlichen Vorformulierung in Paris und an anderen Orten jetzt wohl noch viel schärfer und in unerwarteter Weise noch weit mehr einschneidende Bedingungen stellen dürfte als bisher.

Überführung unseres Goldes nach Frankfurt a. M.?

Paris, 15. Jan. Die Alliierten fordern die Überführung der Goldreserve der deutschen Reichsbank nach Frankfurt a. M., da die Wägen in Berlin die Zahlungsfähigkeit Deutschlands vermindern.

Die neue Reichsverfassung.

Berlin, 15. Jan. Die Beratungen über die neue Reichsverfassung ergaben, daß der liberale Charakter des Reiches in der neuen Verfassung gewahrt wird. Das Reich soll sich aus einer Anzahl von Präsidialräten zusammensetzen. An der Spitze soll ein Präsident stehen, der auf zehn Jahre gewählt wird. Die Regierung wird von einem Reichkanzler und Reichsministern gebildet werden. Das Parlament würde sich aus einem vom gewählten Volke zu wählenden Volkshaus und aus einem Staatsrat zusammensetzen, dessen Mitglieder von den Volksvertretungen der Einzelstaaten gewählt werden.

Zur Sicherung der Wahlen.

Berlin, 15. Jan. Der Zentralrat richtet an alle NSD das dringende Ersuchen, mitzuwirken, daß die Wahlen am 19. Januar nirgendwo gestört oder beeinträchtigt werden.

Ernährungsfragen Vorgehen gegen Polen.

Berlin, 15. Jan. (Amst.) Das preussische Staatsministerium hat sich wiederum eingehend mit der polnischen Frage beschäftigt und Beschlüsse von weitestgehender Bedeutung gefaßt, an denen hervorgeht, daß die Regierung sich entschlossen ist, einseitig als bisher den polnischen Abgeordneten entgegenzutreten.

Die Säuberung Berlins.

Siebnacht noch in der Stadt?

Berlin, 15. Januar.

Die in Berlin einmarschierten Regierungstruppen haben unter dem Befehl des Generals v. Mäcker, das Hauptquartier befindet sich im Kaffee Bauer, unter den Linden, von wo nach allen Stadtteilen Telephonverbindungen hergestellt worden sind. Vorkünftig ist die Stadt südlich der Spree besetzt worden. Die Entwaffnung der Spartakisten nimmt fast reibungslos ihren Verlauf. Die Säuberung der Stadt nimmt günstigen Verlauf, besonders im Bettungsquartier gelang es, zahlreiche Spartakisten auszuheben. Nach zuverlässigen Mitteilungen ist Karl Liebknecht nicht aus Berlin entflohen, sondern mußte sich stets noch zu verstecken. Vor seinem jenseitigen Aufenthalt steht fest ein fahrerbettes Auto, mit dem er sich bei einer Überfahrun in einiger Nacht bisher immer zu entfernen mußte.

Straßenkämpfe in Bremen und Buer.

m. Bremen, 15. Januar.

Die gestrigen Unruhen hatten ihren Grund in der Verschiedenheit der Ansichten zwischen Regierung und Soldatenrat über Waffenfragen. Spartakistische Arbeiter hatten allmählich foudel Waffen in die Hand bekommen, daß sie Soldatenrat und Mehrheitssozialisten vollständig lahmlegten. Die Soldaten forderten die Entwaffnung der Arbeiter und im Verlauf der Auseinandersetzung kam es zu starken Schießereien. Dabei hatten die Soldaten 4 Tote und 15 Verwundete. Die Verluste der Arbeiter sind nicht bekannt. Nachts kam es zu einer Einigung, nach der der bisherige Stadtkommandant Esß abgesetzt werden sollte.

Die Soldaten haben dann die Sicherheitswache in und vor der Stadt auf. Heute mittag hatte die Lage eine kritische Wendung angenommen. Die demobilisierten Arbeiter haben den Markt, das Rathaus und die Börse besetzt und Maschinengewehre in Stellung gebracht. Die Arbeiter stehen in Scharen zur Stadt. Die Straßenbahnfahrer sind heute in den Streik eingetreten.

Ausdehnung der kommunistischen Bewegung in der Umgebung von Bremen.

In Vegesack fand am Sonnabend nachmittag eine große Demonstration von Arbeitern aus den umliegenden Fabrikbetrieben statt. Bewaffnete gegen vor das Rathaus und erklärten den Stadtdirektor Dr. Wittgenstein und den Stadtrat für abgesetzt. Das gleiche geschah in Wümmenhal mit dem Verweiser des Landratsamts, sowie dem Kreisauschuss und dem Gemeinderat. Die Staatsgebäude wurden von den Kommunisten militärisch besetzt.

Der AuSRat in Osterholz-Scharmbeck hat ein Sympathietelegramm an den AuSRat Bremen gerichtet, in dem er auspricht, daß er sich zugleich auf den Boden der gegenseitigen Unterstützung im Kampf um die Erreichung des Zieles der wirtschaftlichen Gütergemeinschaftlichung stelle. Er bekundet sein größtes Mißtrauen gegen die gegenwärtige Regierung.

Aus Wangerooze wird uns geschrieben: Am Freitag nachmittag kamen im Osten der Insel drei Dampfer an und landeten dort etwa 40 Marinejoldaten. Diese kamen zum Dorfe und besetzten die Jadedatterie, die am Tage vorher die Handwaffen abgegeben hatte. Gleichzeitig wurden Post, Bahnhof und Signalstation und Friedrich-August-Batterie besetzt. Der Führer, der frühere Vorsteher des Soldatenrats, Anack, gab an, im Auftrage des 21er Rats zu kommen, um 3000 Gewehre, Munition, Minenwerfer, Proviant und Rohlen zu holen und nach Bremen zu bringen. Die 40 Mann, die alle bewaffnet waren, ordneten sofort den Abtransport an. Einige Tausend Gewehre waren bereits zum Bahnhof gebracht. Inzwischen hatten sich die Inulaner zur Friedrich-August-Batterie begeben, von der dortigen Besatzung Gewehre und Munition erhalten; sie rüdteten zur Jadedatterie aus und nahmen diese nach einem kurzen Feuergefecht wieder ein. Alle 40 Mann wurden gefangen genommen und die Dampfer besetzt.

Düsseldorfer kommunistischer Herrschaft.

Aßfeldor, 15. Jan. Die Stadt steht nach wie vor unter kommunistischer Herrschaft. Alle Tageszeitungen erschienen; der städtische Vorkenrat der Kommunisten.

Der Spartakistenputsch in Stuttgart. Stuttgart, 15. Jan. Der Spartakistenputsch hier selbst hat sieben Verurteilten das Leben gekostet. Es gelang, den bisherigen Kriegsminister zu verhaften, der ein ausgeföhrender Spartakist ist.

Buer, 15. Januar.

Regierungstruppen griffen das von Spartakisten besetzte hiesige Rathaus an und es entspann sich ein heftiges Feuergefecht. Schließlich ergaben die Spartakisten sich, demobilisierten sich dann aber, als die Kruppen abgezogen waren, eines Maschinengewehrs und besetzten das Rathaus aufs neue. Ferner führten die Spartakisten die Frau und zwei Kinder des Oberbürgermeisters Rauffert fort, die sie als Geiseln zum Rathaus führten. Die Geiseln wurden

Indessen bald wieder entlassen und an ihrer Stelle der Oberbürgermeister Ruffel festgehalten. Doch ist auch dieser mittlerweile freigelassen worden. Insgesamt haben die Kämpfe fünf Menschenleben gefordert.

Polen und Boshewissen.

Die Kämpfe um Bromberg.

Berlin, 15. Januar.

Im Bromberg liegen die Dinge recht ernst, denn die Polen setzen schon vier Kilometer vor der Stadt deren Belagerung als nicht ganz zuverlässig, vielmehr zum Teil als faktisch verstanden gilt.

Auch im fernem Osten ist die Lage ungünstig. So wird aus Wien und Mailand vor den heranrückenden russischen Boshewistenarmen gewarnt, die die Absicht haben, sich mit den deutschen Sozialisten zu vereinigen. Es werden nun dort dringend starke Truppen angefordert, um der Gefahr zu begegnen.

Aus der Heimat — für die Heimat.

Westerstede, 16. Januar 1919

Nationalversammlung. Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß jede Wänderung der Stimmzettel, die von den zugelassenen Wahlvorständen entsprechend hergestellt sind, völlig zwecklos ist. Etwasige Veränderungen haben entweder die Ungültigkeit des Stimmzettels zur Folge oder sie haben gar keine Wirkung, indem etwa vorgenommene Streichungen, Zusätze usw. nach dem Gesetz so zu behandeln sind, wie wenn sie nicht vorgenommen wären. Wer durchaus sicher gehen will, verändere den Stimmzettel nicht.

Die Wahl zur Nationalversammlung steht vor der Tür! Viele Wahl bedeutet etwas ganz anderes als eine Reichstagswahl der früheren Zeit. Der Reichstag hand nur neben Kaiser und Bundesrat, und diese konnten ihn, wenn er ablehnte, sich mit ihnen zu einigen, auflösen und nochmals sich an die Wähler wenden. Die Nationalversammlung vereint in sich alle Rechte, die Kaiser, Bundesrat und Reichstag zusammen ausübten. Sie und sie allein entscheidet über die wichtigsten Fragen unter Staatslebens. Ob sozialistische oder demokratische Republik — ob in ihr das Privatkapital eingeschränkt oder abgeschafft oder im wesentlichen erhalten bleiben soll. Sie entscheidet über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche, über die zukünftige Gestaltung unserer Schul- und Gewerwesen, über die Stellung der Bundesstaaten im Reich, über Steuer- und Wirtschaft und viele andere wichtige Fragen. Hier, wo es auf alles ankommt, muß jeder Mann, aber auch jede Frau zur Wahl gehen. Die bekannte Ausrufe, daß es auf eine Stimme mehr oder weniger nicht ankommt, ist hinsichtlich bei dem neuen Wahlverfahren, das auch die Minderheiten berücksichtigt, wenn sie nur einigermaßen stark sind. Es gilt mit dem Stimmzettel zu beweisen, daß die Wahl derer, die dem deutschen Volke und dem deutschen Reichsgedanken die Treue halten, unendlich groß ist.

Hollwege. Der Ritter D. Hupens in Hollwege verkaufte seine daselbst gelegene „Ammannswiese“ an die Herren Hobbiedrunten, Berding und Gebr. Plois.

Hausen. Am letzten Sonntag erlangen im Gottesdienst zu Hausen nach mehreren Jahren zum ersten Mal wieder die Frauen. Die einkaufenen Frauenkleider sind wieder heimgekehrt, bis auf den Kolonist Ohmen, der nach Kriegsgefangen in England ist.

Bad Zwischenahn. Prächtige alte Eichen, die Jahrhunderte erlebt haben, säumen die „Dorenallee“ — Todentallee — ein. Jetzt waren einige doch derart hinfällig geworden, daß sie eine Gefahr für die Vorübergehenden bildeten, sie mußten der Art verfallen. Todentallee heißt der Weg nach dem durch die Heberlieferung bestimmt vorgezeichneten Gang, den man mit den Verstorbenen aus dem angrenzenden Bauerngehöft antreten mußte. Jetzt ist das Bauerngehöft als solches nicht mehr vorhanden, der „Altenhof“ ist zerstört und hat ein anderes Aussehen bekommen. Im Mittelalter stand im Altenhof das Anwesen des Hinrick Wülber, der den Pfarrherrn Grube erschlagen hatte und sein Haus abtragen und sich weiter südlich ansiedeln mußte. Auch dies „Wülber Hus“ besteht nicht mehr, es wurde vor einer Reihe von Jahren abgebrochen.

Emendorf. In der Nacht vom Sonntag auf Montag sind der Witwe Spedels in Höljelamp bei Emendorf zwei Schinken gestohlen worden.

Apen. 16. Januar. In der gestrigen Gemeinderats-sitzung ist Herr Otto Janßen hier an Stelle seines Vaters.

Neueste Nachrichten.

—w Berlin, 16. Januar. In der Stadt laufen immer bestimmtere Gerüchte um, wonach Karl Liebknecht, der heute nacht verhaftet und in das Staatsquartier im Eden-Hotel eingeliefert wurde, während seines Transportes nach Moabit am Neuen Weg im Tiergarten einen Fluchtversuch unternommen hatte und als er auf wiederholte Anrufe der Wachen nicht stehen blieb, erschossen worden sei. Auch Rosa Luxemburg wurde verhaftet und nach dem Eden-Hotel gebracht. Angesichts der drohenden Faltung der Menge, die das Eden-Hotel immer dichter umdrängte, wurde zu einer List gegriffen um sie in einen Wagen abtransportieren zu können. Die Menge erkannte die Gefangenen und rief sie aus dem Wagen heraus und mißhandelte sie fürchterlich. Es war nicht möglich, ihr Hilfe zu bringen. Es heißt, sie sei erschossen worden. Der Wagen, in dem die Luxemburg transportiert wurde, wurde leer am Kanal aufgefunden. Von dem Verbleib der Leiche hat man keine Kenntnis. Zu dieser Meldung liegt keine amtliche Bestätigung vor.

Herrn Auktionator Janßen hier, der den Posten als Gemeinderat-Rechnungsführer zum 1. Mai d. J. gelündigt hat, einstimmig zum Gemeinderat-Rechnungsführer gewählt worden.

—(b) Oldenburg, 15. Januar. Die bürgerliche Volkswehr ist hier bereits gegründet worden und tritt sofort in Dienst. Ihre Aufgabe ist es, überall im Lande für Ruhe und Ordnung zu sorgen und den Ausschreitungen und Veränderungen zu begegnen. Die Mitglieder der Volkswehr sind gediente Soldaten und werden sämtlich bewaffnet. Sie unterliegen dem Zentralkomitee. Ihre nächste Aufgabe wird es sein, dafür zu sorgen, daß die Wahlen zur Nationalversammlung ungehindert erfolgen können. Die Bezahlung der Mitglieder der Volkswehr ist eine recht gute. In der gestrigen Sitzung der AuSkMäte wurde Oldenburg als Vorort sämtlicher AuSkMäte des Freistaats Oldenburg bestimmt. Weiter wurde die Bildung eines Zentralkomitees beschlossen, dem das Landesdirektorium unterstellt werden soll. In dem Zentralkomitee sollen sämtliche Bezirke vertreten sein. Die Wahlen zum Zentralkomitee sollen sofort vorgenommen werden. Durch die Bildung des Zentralkomitees soll ein bewußter Schritt nach links dokumentiert werden.

Für die Wahlen zur Nationalversammlung haben jetzt auch die beiden sozialdemokratischen Parteien die Verbindung ihrer Listen beschlossen. Präsident Kuhn hat für morgen eine große Volksversammlung nach der Tonhalle in Oldenburg angesetzt, in der er sprechen wird. Man erwartet hier eine gründliche Aussprache zwischen den radikalen und Mehrheitssozialisten. Es ist Vorlesung getroffen worden, daß die Ruhe und Ordnung nicht gefährdet wird.

—* Wildeshausen, 13. Januar. Dem Hofbesitzer M. zu Wohde wurde gestern ein Pferd gestohlen. Durch eifrige Nachforschungen gelang es ihm, in Ostfe wieder in den Besitz desselben zu gelangen.

—(c) Ut Dreesland. Wer die Wahl hat, hat die Qual, sagt ein Sprichwort. So ist's. Wat mögen de Minsten, de sünd för hör Partei ootwälen, een Dag na den annern, blede wesen, wenn di achter de Mägge is. Dar is doch meniggen de segte Wästen so toe leggen neet ut, dat de Borenhend heruutomen; 't mutt of sükke Minsten geven; minn Smal was 't neet. Viellicht tummt noch 'n Wal de Ned, wat elke Partei sünd darmit genoegen leet, dör de Wästen bekant toe maken, wat se will, un dann de Minsten dat oorige sülloet oerleet. Dat was een Idealtoestand, de aber johold noch neet tummt, wiet 't noch so völe giff, de geern proten mögen, un völe, de geern hengahn ut Neegier, wiet d'r wall tegenproot un wo dat ootdöppt. So 'n bitje Ketele mutt d'ri wesen, de hört d'ri as Strup over de Görtje. Dimal het de Bedriem nu noch 'n aparten Antiel, wiet of de Frauen un Wäster wästen können. Se sätten d'r bannig achtertoe, un sünd ootwälen. Dar gehört dat faten, dat de Mann in Hus bleewen moet; lat mi man gahn, du Dösbardert verstiekt d'r doch niz van, paß mi blot goed up de Lüttigen un toom neet in Slaap. Un de Wader tündert sük de Wäp an, toe Wächnachten het he 'n Paktje Tabak kregen un sünd.

Gia poppa, schlaf ruhig ihe Rangen, die Mutter, die ist zur Versammlung gegangen.

Gia poppa, bleef nu hüsch gesund, die Mutter hält Neben, der Vater — den Mund.

't is eegenardig, jungen word d'r meist up hoog un wenn man den Hund wat toe seggen het. Warum? 'Tj, dar proten wi over, wenn de Qual van de Wäp achter uns sitta, lanf dürt 't ja neet mehr. Wet darhen.

—d. Veer. Am Mittwoch waren dem Markte 160 Stück Rindvieh zugeführt. Händler hatten sich zahlreich eingefunden und wurde bei steigenden Preisen ein guter Umsatz erzielt. Es bedanen hochtragende Kühe 1200—3000 Mk., Milch-kühe 1600—3200 Mk., Rinder 1000—1200 Mk., Kälber 130—150 Mk. Nächster Markt am 22. ds. Wts.

—* Wilhelmshaven, 14. Januar. Die Bewohner der Städte Wilhelmshaven und Nürtingen veranstalteten heute nachmittags eine imposante Straßenkundgebung zu Gunsten der Sicherung der Wahlen zur Nationalversammlung, an der über 30 000 Personen teilnahmen. Zum Schluß wurde von den Rednern aller Parteien, einschl. der Mehrheitssozialisten Ansprachen gehalten. Es gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der die Sicherstellung der Wahlen zur Nationalversammlung, die Gewährleistung von Ruhe u. Ordnung sowie die Unterstützung der Regierung Gert-Scheidemann in der Bekämpfung der Kommunisten gefordert wurde.

Zur Wahlbewegung!

—(Im Saale des Herrn Heuten sprach gestern abend der zweite Kandidat auf der Liste der deutschdemokratischen Partei, Herr Hofbesitzer Friedrich Wachhorst de Wente in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung. Die Erfüllung des Referenten beinträchtigte zwar vielleicht etwas die ästhetische Wirkung der Rede, die aber dennoch bei den meisten Zuhörern einen tiefen Eindruck hinterlassen haben wird. In glänzender Dialektik, häufig mit warmem Humor, der sich zuweilen zu scharfer, aber nie verlegender Satire steigerte, entwickelte der Redner die Gründe, die ihn zum Hebertritt in das Lager der Deutschdemokraten veranlaßt haben. Das eben war das bewundernswürdige bei dem Referenten, daß er dem großen Kriege als Umwerter aller Werte einen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung seiner politischen Ueberzeugung zuzuschreiben, wie leider so viele führende Parteimänner der Gegenwart, mit dem Pathos der Ueberzeugung behauptete, in jeder Beziehung auf demselben politischen Standpunkt zu stehen, wie vor dem Kriege und durch den Krieg — nichts gelernt zu haben. Dies ehrliche Bekenntnis und dieser Mut zur Offenheit wird dem Redner nicht geschadet, sondern nur neue Freunde zugeführt haben. Uebrigens wies der Redner des weiteren nach, daß nicht nur alle bürgerlichen Parteien, sondern auch die Sozialdemokratie — und vor allem diese — bewußt oder unbewußt eine Neuorientierung ihres Programms vorgenommen hätten. — Die stets in der Wirklichkeit vorzuliegenden Ausführungen des Herrn Wachhorst de Wente fanden am Schluß den verdienten, reichen Beifall.

Geleitet wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden der hiesigen deutschdemokratischen Ortsgruppe, Herrn Luley, der dem Redner für seine Ausführungen in warmen Worten dankte. Ein begeistert aufgenommenes, dreifaches Hoch auf das deutsche Vaterland schloß die eindrucksvolle, ruhig und harmonisch verlaufene Versammlung.

Für die Redaktion verantwortlich Hermann Ries, für den Anzeigenstell verantwortlich Karl Kieser, beide in Westerstede. Druck und Verlag von Eberhard Ries in Westerstede

Gottesdienstliches Nachrichten.

Kirche zu Westerstede. Am 2. Sonntag nach Epiphania, Januar 19, morgens 10 Uhr: Gottesdienst.

Amtlige Bekanntmachungen.

Die im November v. J. verfallene Sperre für den Versand von Spaltstrohesssaugut mit der Eisenbahn wird aufgehoben. Die Sperrvermerke auf den inzwischen ausgestellten Kartoffelkartons treten daher außer Kraft. Im übrigen müssen beim Versand die Saalarten nach wie vor vorgelegt werden.

Oldenburg den 14. Januar 1919.

Landeskartoffelstelle.
Billm. d.

Am Sonnabend den 18. ds. Wts., morgens von 8 bis 10 Uhr, kommt in Esahl's Gethöf hier eine kleine Partie

Trockenschnitzel

zur Verteilung. S Grimm.

Der Gemeindevorsteher.

Apen, den 16. Januar 1919.

In Augustfehn ist eine Erwerbslosen-Fürsorgekassette eingerichtet. Diese setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Prokurist Marx in Augustfehn,
- Kaufmann Leonhards daselbst,
- Former G. Rasteb daselbst,
- Schmied G. Bruns daselbst.

Unterstützungsanträge sind künftighin in allen Fällen zunächst bei dieser Stelle anzubringen und zu begründen.

Meyer.

Meyerhausen bet Zofschensahn. Habe u. sofort oder später an einen tüchtigen zuverlässigen Arbeiter eine

Wohnung

mit Garten, Bau-, Weide- und Wiesentand unter günstigen Bedingungen zu verpachten.

G. Jüchter.

Zu kaufen gesucht einige 1000 Brund gutes

Roh- u. Bierde-Hen

Jakob Reiners, Augustfehn.

Ostersheps.

Für meinen 19. Sohn suche ich sofort eine Stelle bei guten Beuten auf dem Lande.

Frau Joh. Behlen.

Augustfehn. Zu verkaufen lange und halblange

Stiefel.

Fr. Janßen, Stiefelmacher.

Preisgekröntes Lehrbuch der Landwirtschaft

von R. Schütz 10. Aufl., 618 Selt. mit 750 Abbild. Mk 12,10 Nachn. L. Schwarz & Co, Berlin B 44, Dresdenerstr. 80.

Westerstede.

Empfehle alle Sorten

Rund- u. Kanthölzer

in Tanne, Kiefer und Eichen. Ferner alle gangbaren Sorten

ranhe und Kobelbretter

für Bau und Tischlerei.

Schalldielen u. Dachlatten, Dachpappen

in verschiednen Sorten.

Kantholz

nach Maße geschnitten, liefere in kurzer Zeit.

Aug. Hinrichs

Baugeschäft und Holzhandlung.

Demokrat heißt
nicht
Volksfreund.

Am Mittwoch den 22. Januar, nachmittags von 2 bis 4 Uhr, findet beim Bahnhof Zwischenbahn Abnahme von Weizen, Gerste, Hafer und Häfenfrüchten statt. Säckenausgabe am Montag den 20. d. M., nachmittags von 3 bis 4 Uhr, bei Herrn S. Kruse-Zwischenbahn.

Währungs-Wettermann.
Am Dienstag den 21. ds. Mts., nachmittags von 2 bis 4 Uhr,
Roggen-Abnahme bei Wilkes'sen Wirtschaft in Westerkon.
Wettermann.

Holzverkauf.
Für die Eigentümer des früher **Connemann'schen** Gehölzes zu **Barge** ist zu etwa **300 Rm. gefällte Fichten und Kiefern,**
Euz., Kup. u. Nadelholz,
Montag, 20. Janr.
nachm. 12 1/2 Uhr auf,
an Ort und Stelle auf Zahlung frei freimillig öffentlich zu verkaufen.
Das Holz lagert etwa 5 Minuten von der Landstraße Sied-georgslehre - Hellen.
Velde, Heimann, Auktionator.

Wir suchen bei sofortiger Abnahme
50 trächt. Schafe
anzukaufen. Wir bitten um Angebote.
Gbr. Polak.
Zu verkaufen mehrere 1000 Pfd.
Steckrüben.
D. Gerdes, Petersfeld.
Landwirtschaft
mit guten Wohn- u. Stallgebäuden, 6-15 Morgen groß, zu Gemüsebau u. Geflügelzucht geeignet, zu kaufen oder zu pachten gesucht.
Angeb. unt. N. 2. 500 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Immobilien-Verkauf.
Apen. **Anna Cathar. Eilers** in **Wolke** will den **Rumpf** ihrer zu **Wolke** belegenen
Landstelle,
bestehend aus Wohnhaus und etwa 9 Scheffelant Gartenland,
am
Montag den 20. Januar,
nachmittags 3 Uhr,
in **Wolke's** Wohnung in **Wolke** durch mich verkaufen lassen.
Lieshaber werden eingeladen.
Jansson, Auktionator.
Westerstede.
Zu belegen auf sofort oder später auf gute Hypotheken:
2000 Mark, 3 mal 8000 Mark, 4000 Mark, 2 mal 8000 Mark, 2 mal 8000 Mark, 10 000 Mark, 15 000 Mark und 80 000 Mark zu üblichem Zinsfuß.
G. Ahneis, Rechnführ.

Demokrat heißt
nicht
Volksfreund.

Verkauf.
Der **Bädermeister C. F. Grünjes** in **Hülstede** läßt am
Mittwoch den 29. Janr.,
nachmittags 3 Uhr,
in und bei seinem Hause folgende Gegenstände öffentlich meistbietend verkaufen:

1 **Baakofen** zum Abbruch
2 **Badtröge**, 4 fast neue
Badtröge, 1 **Qualitätskessel**
1 **Wassensänder**, 2 **Reiswagen**, mehrere **Wachplatten**,
2 **Wasserschieber**, 2 **Feuerhaken**,
1 **II. Handwagen**, die **Worten**,
1 neue **Adressrolle**, 1 **neuer Trecken**, 2 **II. Glas-schränke**, 1 **Papierrolle**, 1 **Schreibpult** mit **Aufsatz**, 1 **Wanduhr**, 1 **Sportwagen**
1 neue **Häckselscheibe**, 2 **Schweineböcke**, 1 **Reep**, mehrere **Dachziegel** und was sich sonst noch vorfindet.
G. Koch, Aukt., Westerkon.

Bindenbereiung
ist kein Erfolg sondern eine vollwertige Friedensbereiung welche besser und dauerhafter ist wie Gummi. Vertreter für Westerkon u. Umgebung
Georg. Straß, Fahrradhandlung.

Holzschuhe
mit **Riften**, empf. in allen Größen.
S. Jansen, Sattelglog.

Kandidatenliste
der
deutschen Volkspartei:

1. Dr. Gustav Strefemann, Charlottenburg.
2. Landwirt D. Dannemann, Tungeln b. Wardenburg.
3. Amtsrichter Ernst Stendel, Leer.
4. Rektor Valentin, Osnabrück.
5. Lycealdirektorin Maria Schröder, Oldenburg.
6. Landwirt Jakobus Müller, Enno-Ludwigs-Groden b. Carolinenfjel.
7. Gymnasiallehrer C. A. Meinecke, Wilhelmshaven.

Deutsche Wähler, laßt Euch nicht irreführen, nur diese Liste kann für Euch maßgebend sein!

Demokrat heißt doch
Volksfreund

Siehe Petri Fremdwörterbuch S. 283.

Wähler u. Wählerinnen!

Das Vaterland ist in schwerster Gefahr. Der Feind steht vor den Toren, und im Lande selbst stehen wir vor dem Zusammenbruch, vor Bürgerkrieg und Hungersnot. Da gilt es, Leben, Freiheit und Brot zu retten, für uns und unsere Kinder.
Nur eins kann uns retten,
eine starke arbeitsfähige Regierung.
Den Kern dieser Regierung kann unter den bestehenden Verhältnissen aber nur
die Deutsche Demokratische Partei
bilden
Die Deutsche Demokratische Partei ist eine politische Notwendigkeit.
Wir richten daher in dieser ersten Stunde an alle Männer und Frauen die dringende Bitte, sich einmütig hinter die Deutsche Demokratische Partei zu stellen und bei der Wahl zur Nationalversammlung einmütig die Liste der Deutschen Demokratischen Partei abzugeben. Männer u. Frauen, erkennt den Ernst der Stunde!

Demokrat heißt
nicht
Volksfreund.

Maschinen u. Wagen laufen nie fest, wenn Sie mit **M. Prikker's** Maschinenöl u. Wagenfett schmieren. Garant. reinste Oel und Fett stets auf Lager
M. Prikker
Sonntags geschlossen.

Zahnleidende
Zähne werden unter **Garant.naturgetreu** eingesetzt. **Plomben** in Gold, Porzellan, Amalgen etc. — **Fast schmerzloses Zahnziehen** mittels lokaler Anästhesie, Nervenlöten, Zahnreinigen etc. — **Sprechstunden täglich 8-1 u. 2-7 Uhr, auch Sonntags.**
A. Loewenstein, Zahnarzt,
Oldenburg i. Gr.
Bahnhofstr. 15, I.
Eingang Rosenstr.
in allernächster Nähe d. Bahnhofs
Telephon Nr. 1456.

Bezugsgenossensch. Einswege.
Bestellungen auf **Saatbaser, Saatweizen u. Saatgerste** werden bis zum 25. ds. Mts. erbeten **Der Vorstand.**

Holter Kuhstalle.
General-Versammlung
am 18. Januar, nachm. 6 Uhr, in **Kühlers** Gasthof.
Tagesordnung: Rechnungsablage, Vorstandswahl, Berichtendes.
Der Vorstand.

Edw. Bezugsgenossenschaft Sollwege.
Bestellungen auf demnächst zu verteilenden
Ammoniak nimmt entgegen
der Geschäftsführer.
Es werden in erster Linie diejenigen berücksichtigt, die letztes Mal nicht erhalten haben.

Demokrat heißt
nicht
Volksfreund.

2 Tage vor der Wahl!

Bürger! Bürgerinnen!

Wir wollen den demokratischen Volksstaat, in dem alle Staatsbürger gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben.

Wählt nur unsere Liste, beginnend mit **Tanzen**, schließend mit **Ramsauer!**

Deutsche demokrat. Partei.

Deutsche Volkspartei

Sonntag den 17. d. Mts., abends 8 Uhr,
in Harms Gasthaus zu

Garnholterdamm:

Oeffentliche Versammlung.

Thema:

Was hat die Landwirtschaft von der
Demokratie zu erwarten?

Ref.: Herr Werb, Sieften.

Karbid,

auch ganze Trommeln,
jetzt lieferbar.
**Fr. Kempen,
Ekorn-Zwischenahr.**

Motoren !!

Benzol-Elektro-Ganggas usw.
Verkauf - Ankauf - Umtausch !!
Kellner & Ohmann, Bremen.

Kognak

(Weinbrand)
empfiehlt **Geinr. Deeken.**

St. Heirat

erreichen Damen und Herren
aller Stände. Str. Leischw.
Näheres gegen Retourmarke an
G. H. 50 Büttner's Anwesen-Exp.
Oldenburg, Sandelschaf

Sämereien

sind eingetroffen bei

R. Klusmann.

Edewecht.

Am Freitag den 31. Januar:

Militärkonzert

ausgeführt von Mitgliedern der Kapelle des Oldenb.
Inf.-Regts. Nr. 91 unter persönlicher Leitung des
Musikmeisters Herrn **Teichmann.**

Anfang 7 1/2 Uhr. — Nach dem Konzert

BALL

wozu freundlich einladet **O. A. Gehrels.**

Betrifft Stimmzettel!

Freunde der
Deutschen Volkspartei.

Versorgt Euch rechtzeitig mit Stimmzetteln!
In allen Gemeinden des Landes, im Süden
wenigstens in den Amtsstädten sind Vertrauens-
männer der Partei zur Abgabe von Stimm-
zetteln bereit.

Im Nothfalle fordert Stimmzettel telegrafisch
bei Konsul Mahlstedt in Oldenburg an.

**Der Vorstand der Deutsch. Volkspartei
Oldenburg.**

Westerstede.

Sämtliche Bauarbeiten

vorwiegend
Zimmerarbeiten
werden prompt und gewissenhaft ausgeführt. Aufträge erbeten.

Aug. Hinrichs,
Baugeschäft.

Wähler und Wählerinnen!

Die einzige wahre Volkspartei

ist die

Deutsche demokratische Partei!

Der Ammerländer

(Vernsprecher Nr. 5.)

Preis für Vierteljahr frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Man abonniert bei allen Postämtern (oder Postbriefträgern) und in der Expedition. — Anzeigenpreis für die einpaltige Zeitspalte (oder deren Raum) für Inserenten aus dem Herzogtum Oldenburg 20 Pfg. für außerhalb des Herzogtums wohnende 25 Pfg. Reklamen kosten 75 Pfg. die Zeile — Anzeigen-Nachnahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten. Für die Rückgabe unverlangt eingehender Briefstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Abdruck geht verloren, wenn Annoncen-Gebühren durch gerichtliche Mitteilungen eingezogen werden müssen. — Platzverrichten bei Aufgabe von Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird nicht übernommen.

Nr. 14.

Westerstede, Freitag den 17. Januar 1919.

59. Jahrgang

Zweites Blatt.

Erste Vorfriedenskonferenz am 18. Januar.

Die Gebietsansprüche der Alliierten.

Rotterdam, 14. Januar.

Eine amtliche britische Erklärung über den gestern zusammengetretenen „Obersten Kriegsrat“ in Paris besagt, daß die Versammelten hätten beschlossen, daß die erste formelle Sitzung der internationalen Vorfriedenskonferenz am 18. Januar stattfinden soll. An den Besprechungen nahmen die amtierenden britischen Minister, Vertreter der Kolonien und der alliierten Regierungen teil.

Der Kriegsrat setzte ferner die Bedingungen fest, unter welchen der Waffenstillstand mit Deutschland verlängert werden soll. Bei den festgesetzten Punkten befinden sich die Fragen der Übergabe der deutschen Schiffe und der bisher noch im Bau oder in Reparatur befindlichen deutschen Unterseeboote, die Übergabe des restlichen Eisenbahn- und Transportmaterials und der aus den alliierten Gebieten stammenden Maschinen.

Geplante Aufhebung der Blockade?

Aus London wird ferner gemeldet, aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die Aufhebung der Blockade gegen die Zentralmächte als erster Punkt auf der Tagesordnung der Konferenz stehe. Alle amerikanischen Delegierten hätten ihre Überzeugung bekundet, daß die Verhängung der Blockade sehr ernste Folgen haben könne. Die widerstrebenden übrigen Mächte würden dem Gewicht der amerikanischen Gründe nachgeben müssen, da Amerika der Hauptlieferant für alle Lebensmittel sei.

Verlangte Gebietsabtretungen.

Nach Pariser Meldungen würden die Alliierten auf der Konferenz verlangen Elsaß-Lothringen für Frankreich, Flandern (holländisch) und freie Dünkirchen für die Schweiz für Belgien. Die Verbindung seiner ostafrikanischen Kolonien mit England durch eine Reihe von Staaten, die unter englischem Protektorat gebildet werden sollen. Italien fordert das Trentino, Triest und den langen Streifen der Küste des Adriameres. Dasselbe Küstenland wollen aber auch die Südslawen. Rumänien wünscht Bessarabien, Transilvanien und die Bukowina. Griechenland verlangt Nord-Epirus, Teile von Thracien, der Walljets Konstantinopel und Smirna, sowie alle Inseln im Ägäischen Meer. Konstantinopel kommt unter internationaler Verwaltung. Unter den übrigen Gebietsfragen befindet sich Festsiegung der Grenzen der neuen Staaten sowie Polen, Tschechien, Aethiopiens und Armenien. Die schleswig-holsteinische Frage soll in Übereinstimmung mit den Wünschen der Bevölkerung dieser Provinz entschieden werden. Die Wünsche des „Temps“ gehen noch viel weiter. Das Selbstamt möchte gegen Deutschland die Grenzen von 1814 verlangen, also auch das Saargebiet an Frankreich bringen. Das Saarwerden wurde auf dem Wiener Kongress 1814 Frankreich zuerkannt, 1815 aber zu Preußen geschlagen.

Aber bei der Verweigerung des Marschalls Foch über verzögerte Abfertigung der Lokomotiven durch Deutschland und angelegte schlechte Behandlung der französischen Kriegsgesangenen, wodurch Deutschlands mangelnder guter Wille bewiesen sein soll, soll eine neue Sitzung entscheiden. Foch ist inzwischen nach Triest abgereist, um den Deutschen die neuen Beschlüsse zu übermitteln.

Ein neuer deutscher Protest.

Deutschland verweigert die Annahme einer Verbandsnote. dt. Berlin, 14. Jan.

Die deutsche Regierung hat durch die Waffenstillstands-Kommission in Spaan den Vertretern der Entente über die schwebenden Finanzfragen eine Note überreichen lassen, die sich gegen die letzte Note des gegnerischen Finanzkommissars wendet, in der ein Kontrollrecht über die deutschen Finanzgeschäfte gefordert wird. Die Note ist mit mannhaften Worten dem immer deutlicher zutage tretenden französischen Übermut zurück.

Graf Brockdorff-Ransau, der neue Staatssekretär des Äußeren, hat die Note unterzeichnet, erklärt zunächst, daß die sachlichen Forderungen der Entente keinerlei Stütze in den Abmachungen des Waffenstillstandsvertrages finden, der in seinem Artikel XIX die Finanzfragen regelt. Aus den vielen ungerechtfertigten Forderungen greift die deutsche Note einige heraus. Sie protestiert dagegen, daß jeder Ausgans fremder Werte ins Ausland von der Genehmigung des Finanzkommissars abhängig gemacht, und der Umfang der Einfuhr von Lebensmitteln, Rohstoffen und Fertigfabrikaten in fünf von den Alliierten bestimmt werden soll, und daß ein Verzeichnis über alle nur denkbaren Materien verlangt wird.

Am zweiten Teil seiner Note beschränkt sich Graf Brockdorff-Ransau über den Ton der Entente, aus dem unerbittlichen Fremde darüber spricht, daß Deutschland gelähmt und gedemütigt wird. Besonders aus diesem Grunde legt die deutsche Regierung ein und erklärt,

daß sie außerstande sei, die gegnerische Note anzunehmen. Mit besonderem Nachdruck wird darauf hingewiesen, daß Deutschland an der Grenze dessen angelangt sei, was es hinnehmen könne. Graf Brockdorff-Ransau trifft durchaus das Empfinden der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes, wenn er hinzufügt:

In der Masse des deutschen Volkes beginnt der Gedanke aufzukommen, die Alliierten hätten die Willkürigen Punkte, nach denen Deutschland als freies Volk unter den Völkern leben soll, nur angenommen, um Deutschland erst wehrlos zu machen und es danach zu vergermaßen. Die Verheißung der Blockade, die Dinausschiebung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, die wirtschaftliche und politische Abwärtung zwischen dem linken und rechten Rheinufer machen das deutsche Volk aufmerksamer.

Der deutsche Staatssekretär hat recht, wenn er weiter behauptet, das deutsche Volk vermag in der Verhängung des Waffenstillstandes, in der Benutzung des Waffenstillstandes zur wirtschaftlichen Erdoberstellung Deutschlands keine Kriegskluft zu erblicken, sondern solches Vorgehen erachtet ihm als außerhalb jeden Verständnisses und gütlichen Rechts liegend, das jedes Gefühl für eine Verhöhung der Völker erheben muß und für das es kein Verzeihen und kein Vergessen gibt. — Wer noch Wert legt auf deutsche Ehre und wenn noch Liebe für die blutende Heimatde in Herzen glimmt, wird Wort für Wort diese Note unterzeichnen, die endlich auch den Feinden zeigt, daß uns das Unrecht nicht zu feigen Sklaven fremder Willkür und Lame herabgewürdigt hat.

Der Schwindel von der Gegenrevolution.

Spartakus-Leutnant mit 50 000 Mark Gehalt.

Berlin, 14. Januar.

Da der hiesige Oberbefehlshaber Moske bei der Niederwerfung des Aufstandes der Spartakusleute nicht auf die sachkundige Führung durch Offiziere verzichtete konnte und wollte, beschimpft ihn die Spartakus-Presse und malt das Geheiß der Gegenrevolution, des „weißen Schreckens“ an die Wand. Hierzu bemerkt der Vorwärts sehr treffend: „Wie man eine Zeitung nicht ohne Redakteure machen kann (siehe Spartakus, Vorwärts), die Betriebe sich nicht rentieren können ohne sachkundige Betriebsleiter (siehe Volkshemdt-Nachdruck), so können militärische Operationen nicht durchgeführt werden ohne militärische Sachleute. Das hat auch Spartakus eingesehen, der für ein Jahresgehalt von 50 000 Mark einen — Leutnant als militärischen Beistandler zu gewinnen versuchte. Die durch das Spartakus-Verbrechen leider notwendig gewordenen militärischen Sandlungen hätten das Bestreben an Menschenopfer gefordert, wenn sie ohne sachkundige Leitung unternommen worden wären.“

Zur Wahlbewegung!

— (d) Bad Zwiflgenahn. Am Sonntag den 12. d. M. sprach in einer stark besuchten Versammlung der deutschen demokratischen Partei, Ortsgruppe Zwiflgenahn, der an erster Stelle der Liste der Kandidaten für die Nationalversammlung stehende Landtagsabgeordnete H. Tanzen. Vantlos folgten die Zuhörer seinen tiefdurchdachten, klaren Ausführungen. Die Zukunft Deutschlands sei nur auf Ordnung aufzubauen. Ein Teil des Volkes glaube, aus einem Staate erst einen Schutthaufen machen zu müssen. Die Mehrheitssozialisten seien nicht im Stande gewesen, den gefährlichen Bestrebungen der Spartakusgruppe entgegenzutreten und sie unschädlich zu machen. Die deutsche demokratische Partei sei natürlich gegen diese Klassenherrschaft und gegen die Diktatur. Ob die Wahlen zu der Nationalversammlung allenthalben stattfinden könnten, stehe noch nicht fest, da die Zustände an verschiedenen Orten noch sehr unruhig seien; eine Gegenrevolution sei jedoch ausgeschlossen. Eine Entwicklung ohne Revolution sei allerdings die bessere, doch, es sei die Revolution stets die Folge der Fehler der Vergangenheit. Die Demofraten seien der Überzeugung, daß sie die Republik die bessere Einrichtung eines Staates sei, die die letzte Konsequenz der Demokratie. Der monarchische Staat sei für ein reifes Volk nicht die richtige Einrichtung. Der Eigenart der Einzelstaaten müßte Rechnung getragen werden. Alle Fragen von einem gemeinsamen Staat zu erledigen, sei nicht möglich. Überzeugt sei durch die Landwirtschaft in Zukunft existenzfähig, sie bringe an Kriegseiner auch ihren Teil auf. Herr Tanzen machte dann interessante Mitteilungen betreffs Schuldenlasten, über Reichsvermögenssteuer, Reichseinkommensteuer usw. und konnte nicht umhin, nachdrücklich zu betonen, daß allen Klassen des Volkes auch nach dem Kriege sehr schwere Zeiten bevorstünden. Allein die Arbeit könne uns wieder hochbringen für Arbeit zu sorgen sei die notwendige, wenn auch schwerste Aufgabe. Redner führte verschiedene Volksaufreufe von Pöchte an. Auch jetzt hätten alle, auch die Frauen, mitzuwirken an dem Geschick des Volkes. Betreffs der Frage der Sozialisierung von Betrieben bemerkte der Redner, daß die Prüfung, welche Betriebsform für die Sozialisierung die richtige sei, nur durch Sachverständige bestimmt werden könne.

Im sozialistischen Staate höre das Streben des Einzelnen zu seinem Nutzen auf. Verschiedene Punkte des sozialistischen Programms seien in der Praxis undurchführbar.

Das Treiben der äußersten Linken sei gemeingefährlich; kommen sie zur Macht, dann werde die dann eintretende Reaktion alles noch bestehende vernichten. Die Wehrhaftmachung des Volkes werde eine wichtige Frage der Zukunft sein. Der alte Militarismus dürfe nicht wiederkommen, und die Meinung der Völker dürfe nicht mehr durch die Kriegssprache erledigt werden. Die deutsche demokratische Partei schütze den Menschlichkeitsgedanken der Völkerverständigung in dem Abrüstungsgebanten. Mit Waffen des Geistes könne man die Welt gewinnen, welche Ideen auch die anderen Völker sich zu eigen machen würden. Die Kräfte des Volkes müßten so organisiert sein, daß der Tüchtige und Fähige nach oben kommen könne.

Die deutsche demokratische Partei werde den Gedanken der Einheitschule fördern und unterstützen. Die heutigen hohen Lohnforderungen seien unvernünftig und würden selbst von Arbeiterführern beäpft, da die Betriebe diese Löhne nicht aufzubringen in der Lage wären; die Betriebe würden dadurch zur Stilllegung gezwungen.

Herr Tanzen bemerkte noch u. a., daß er für eine sozialistische Republik nicht eintrete. Altem Terrorismus trete die deutsche demokratische Partei entgegen. Redner glaube an den Genius des deutschen Volkes der Zukunft. Von einer rechtsstehenden Partei sei öfter in Wählerveranstaltungen von einer Partei des „Berliner Tageblattes“ die Rede gewesen. Redner bemerkte, daß es in der deutschen demokratischen Partei keine konfessionellen Unterschiede gäbe. Das „Berliner Tageblatt“ und die „Frankfurter Zeitung“ hätten übrigens die Wahrheit gesagt. Die demokratische Partei nähme jeden auf, der ihre Grundzüge vertreten wolle.

Nachdem Herr Tanzen noch zu der Frage „Trennung von Staat u. Kirche“ einige Erklärungen gegeben hatte und im übrigen auf das bekannte Flugblatt der deutschen demokratischen Partei in dieser Frage hinwies, wurde die interessante und anregende Versammlung, nachdem die Zuhörer dem Referenten für seinen ausgezeichneten Vortrag stürmischen Beifall gesollt hatten, geschlossen, da sich Gegenredner nicht zu Worte meldeten.

Antliche Bekanntmachungen.

Unterschied des Amtesverbandes.

Westerstede, den 13. Januar 1919.

Für in der Landwirtschaft beschäftigte männliche Personen, die das Bedürfnis nachweisen, steht im Schuhwarenhaus Tanzen zu Westerstede eine Ecke Röhren- und Langelstrasse, eine Anzahl Kadaverstiefel, Infanteriestiefel und neue Tuchstiefel mit starkem Lederbesatz und Holzsohlen zum Verkauf.

M. Anzebrod.

Gemeindevorstand.

Westerstede, den 15. Januar 1919.

Es wird darauf hingewiesen, daß nach § 89 der Wahlordnung vom 20. November 1918 die am 19. d. Mts. stattfindenden Wahlen zur Nationalversammlung Punkt 8 Uhr mittags geschlossen werden. Nach dieser Zeit können Stimmzettel nicht mehr abgegeben werden und zwar auch nicht von dem nach im Wahlraum Anwesenden. Es liegt daher im dringenden Interesse der Wähler, möglichst frühzeitig ihren Stimmzettel abzugeben. Den Frauen wird empfohlen, dies schon an Vormittag zu tun.

Tanze.

Kirchengemeinde Edewecht.

Die Kirchenumlagen etc. sind nunmehr an den Unterzeichnenden zu entrichten. Gehoben werden 15 Prozent der Einkommensteuer und ist Pfandes Geld mitzubringen.

Meinverken, Rechnungsführer.

Edewechter Bekleidungs-Berein e. V.

Gemeindeglieder, welche dem Verein beigetreten Gedanken, wollen sich baldmöglichst beim Vorstande oder dem Rechnungsführer melden. Der Vorstand.

Küchenschürzen bedruckt, hochtägige Qualität in höchsten dunklen Blauen; gepunkt und gestreift gemöblich weit a. St. 6 75 Mk. extra weit a. St. 8 80, 9 80 Mk. mit Träger a. St. 9 80, 10 80 Mk. verwendet pr. Nachn., so lange Vorrat reicht. Verjandgeschäft W. Plath, Itzehoe i. S. (Nachdruck viele Danksh.)

Sozialdemokraten,

stimmt für die Liste

Hug.

Dentist Schmidt
 Oldenburg,
 Gortorpstr. 1 (gegenüber der Landesbank), Tel. 1236.
 Atelier für moderne Zahnheil- und Ersatzkunde.
 Sprechstunden: 9-1 vormittags, 2-6 nachmittags, Sonntags von 9-12 Uhr.

Holz-Verkauf.
 Hausmann Fris Tietjen in Garnholt läßt
Mittwoch den 22. Januar,
 nachm. 1 Uhr,
 auf seiner „Booge“ in Garne
 hollerdam 300 Hausen
 trocken

Brennholz
 — Birken u. Tannen —
 sowie einige Hausen
Tannen-Nußholz
 öffentlich meistbietend verkaufen,
 Versammlung in Harms Gast-
 hause zu Garnholterdam.
 W e f e r s t e d e.

Verkauf.
 Die Erben des Landwirts
**Heinrich Krüger in Neu-
 England** lassen
Donnerstag d. 23. Januar,
 nachmittags 2 Uhr,
 in und beim Eierbehaule öffent-
 lich meistbietend verkaufen:
 1 Glaschrank, 1 Küch-
 schrank mit Kellerborte, 2
 Tische, 6 Stühle, 1 Kiste,
 1 Wanduhr, 1 Grammophon
 mit Platten, 1 Kochherd, 1
 großen eis. Kessel, 1 Diet-
 scher, 2 Borkarren, mehrere
 landwirtschaftl. Geräte, 1
 Quantum Heu
 W e f e r s t e d e.
G. Koch, Aukt.

Herren-Bekleidung
 Anzüge, Westen, Hosen, Paletots, Regen- und Sommermäntel, Mäntel, Arbeitszeug,
 Stoffe.
 Nur allerbeste Qualitäten
M. Schulmann,
 38 Achtenstr. Oldenburg, Achtenstr. 39.

Deutsche Volkspartei.
**Öffentliche Volks-
 Versammlung**
in Westerstede
 am **Donnerstag den 18. Januar,** nachm. 4 Uhr, in **Heinrichs Gasthause.**
 Referent: Herr Regierungsrat **Thorade.**
 Nachher: **Freie Aussprache.**

Oldenburgische Spar- und Leih-Bank
 Vollaingezahltes Aktienkapital M. 4 000 000,— Reserven M. 2 300 000,—
 mit Filialen in
 Berne, Brake, Cloppenburg, Delmenhorst, Elsfleth, Jever, Lohne, Norden-
 ham Ovelgönne, Stollhamm, Varel, Westerstede und Wilhelmshaven.
Monats-Übersicht per 1. Januar 1919.

Aktiva.	M.	ℳ	Passiva.	M.	ℳ
Kassenbestand	1 111 659,15		Aktien-Kapital	4 000 000,—	
Kommunal-Darlehen u. Hypotheken	4 102 902,08		Reservefonds	2 300 000,—	
Darlehen gegen Unterpfand	3 844 743,53		Beamten-Pensions-Fonds	832 016,20	
Darlehen gegen bürgerliche Pfandbriefe	17 910 854,26		Einlagen	91 565 342,86	
Wertpapiere (fast ausschließlich mündel- sichere Papiere)	80 941 328,88		Scheck-Konto	13 432 980,38	
Wechsel	37 783 358,07		Konto-Korrent-Kreditoren	38 209 152,72	
Konto-Korrent-Debitoren	5 854 187,72		Beschriebene Kreditoren	6 462 326,57	
Wertpapiere (fast ausschließlich Reichs- und Staatsanleihen)	2 522 737,04				
Beschriebene Debitoren	550 000,—				
Bauschulden	154 601 800,73				
				154 601 800,73	

Die Direktion.
 Jaspers. Murken.

Zwischenahn
 Zu kaufen gesucht leichte und
 schwere
Arbeitspferde
 Sofortige Abnahme gegen
 Kassa.
Janßen, Pierbehlg.
Apen.
Geflügel u.
Raninchen
 Kaufe zu höchsten Tagespreisen.
 Abnahme Dienstags und
 Mittwochs.
F. B. Kamken.

Genossenschafts-Molkerei
 oder andere sofort für mich selbst zu kaufen gesucht.
Markworth, Magdeburg, Kaiserstr. 108.
Deutsche demokr. Partei,
Ortsgruppe Edewecht.
Grosse öffentliche
Versammlung
 am **Freitag nachm. 1/4 Uhr** in **Mügge's Gasthof.**
 Redner: Landtagsabgeordneter **Albers** = Oldenburg.
 Zu zahlreichem Besuch ladet ein
der Vorstand.

Landwirte,
bestellt schon jetzt:
 Steckrübensaat,
 Runkelrübensaat,
 Wurzelsaat,
 ferner
 Gras- und Klee sämereien,
 Geradella.
 Garantiert keimfähig.
Carl Hotes.
 Zu vermieten
 Stube, Kammer u. Küche z. Mai.
 Gerh. Stamer.

Boteler Kuhstalle.
 Die Hebung der Beiträge pro
 Jahr 1918 findet statt am Mon-
 tag den 20. Januar, nachm. von
 6-8 Uhr in Fr. Meiners Gast-
 hause zu Vohel, und von 8 1/2 bis
 9 Uhr in A. Janßens Gasthause
 zu Augustfehn.
 Gehoben werden pro 1/2 Jahr
 1/2 Proz der Versicherungssumme.
 Der Vorstand.

Bezugsgenossenschaft
Salsbel-Engeloge.
 Bestellungen auf
Seradelnastamen
 erbetet umgehend
 der Geschäftsführer.

Landw. Klub
Wanfle.
 Am Freitag den 17. d. M.,
 abends 6 Uhr,

Versammlung
 im Pörschen'schen Gasthause zu
 Lindern.
 Tagesordnung:
 1. Rechnungsablage,
 2. Vorstandswahl,
 3. Wahl zur Nationalversammlung
 betreffend,
 4. Bestellung von sämtlichem
 Vorstand z. Frühjahrsversammlung,
 5. Bestellung auf Drainröhren u.
 Entwürfen,
 6. Verschiedenes.
 Das Erscheinen sämtlicher
 Mitglieder ist dringend erwünscht.
 Der Vorstand.

Langebrügge
 Alle diejenigen, die sich für die
Gründung
 eines
Klotschleßer
-Vereins
 interessieren, werden
 gebeten, sich am
Donnerstag den 18. ds. Mo.,
 abends 8 Uhr, in Kellers Gast-
 hause einzufinden zu wollen.
 Die Einberufer.

Der Ammerländer

(Zersprecher Nr. 5.)

erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postämter und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühr für die einpaltige Kleinzeile (ober deren Raum) für Auftragsgeber aus dem Herzogtum Oldenburg 20 Pfg., für außerhalb des Herzogtums wohnende 25 Pfg. Reklamen kosten 75 Pfg. die Zeile. Anzeigen-Aufnahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktage; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Unrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Platzverträge bei Aufgabe der Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 15.

Wetterstede, Sonnabend den 18. Januar 1919.

59. Jahrgang

Erstes Blatt.

Hierzu ein zweites Blatt.

Weitere Kämpfe in Westfalen.

Die Polen räumen Bielefeld und Kolmar.

Berlin, 16. Januar.

Ein polnischer Angriff gegen Bonn wurde glatt abgewehrt. Bei Hohenlinden erlitten die schweren Verluste. Kolmar und Bielefeld räumen die Polen räumen.

Die deutsche Regierung hat Pläne ausgearbeitet, die den Grenzschutz in Ostpreußen und Estland betreffen. Zu diesem Zwecke werden Freiwilligenregimenten aufgestellt, die namentlich in Ostpreußen den Grenzschutz übernehmen sollen. Die Räumung der besetzten Gebiete in Ostland und Litauen wird demnächst durchgeführt sein, die Freiwilligenformationen werden also ein Überschreiten russischer Truppen auf deutsches Gebiet zu verhindern haben. Im Zusammenhang damit sind Maßnahmen in Erwägung gezogen, den Polenauflauf zu bekämpfen und gegen die Polen, die für den 19. d. Mts. größere Unternehmungen planen, um die Wahlen zu stören, mit Truppenmacht vorzugehen. Auch zu diesem Zwecke werden Truppen bereitgestellt.

Der Tod Liebnechts und der Rosa Luxemburg.

Auf der Flucht erschossen. — Das Volksgericht.

Berlin, 16. Januar.

Schon in den frühen Morgenstunden durchlief die Gegend die Stadt, daß Liebnecht und Rosa Luxemburg in der Nacht nicht nur gefangen genommen worden, sondern auch tot seien. Das Gerücht findet seine Bestätigung; beide sind nicht mehr. Sie haben Wind gefühl und Sturm gemerkt! Kein ordentliches Gericht kam dazu, ihnen das Urteil zu sprechen; ihr Schicksal entschied sich schon vorher.

Verhaftung und Vernehmung Liebnechts.

Dr. Karl Liebnecht wurde in den Abendstunden zwischen 9 und 10 Uhr in der Mannheimerstraße 43, in der Wohnung seines Freundes Marcussohn, eines Mitglieds des NSD durch Beamte der Kriminalpolizei verhaftet und in das Stabsquartier der Garde-Kavallerie-Schützendivision im Eden Hotel gebracht. Bei seiner dortigen Vernehmung leugnete er zunächst, der Gesuchte zu sein, gab es dann aber zu. Auf die Frage eines Offiziers: „Wissen Sie auch, welches Unglück Sie über unser Land gebracht haben?“ erwiderte Liebnecht sehr ironisch: „Es ist noch sehr fraglich, wer mehr Unglück über unser Land gebracht hat, ich oder Jürgensleichen.“ Bei der Vernehmung wurden bei ihm sehr umfangreiche Dokumente über die Vorgeschichte der Revolution gefunden. Sie ihnen soll sehr klar hervorgehen, daß die Revolution vom 9. November nur vom Spartakusbund und von der Unabhängigen Sozialdemokratie vorbereitet war.

Die empörte Menge.

Bei dem Abtransport Liebnechts nach dem Untersuchungsgefängnis Moabit mußte der Gefangene aus einem Seitenraum heraus gelassen werden, weil sich vor dem Hotel eine große Menschenmenge angesammelt hatte, der bekannt war, daß Liebnecht verhaftet war. Auch in die Halle waren die Menschen schon eingedrungen. Das Auto konnte sich nur mit Mühe Bahn machen, um vorzufahren. Als Liebnecht in das Auto einstieg und auf dem Vorderplatz Platz nahm — es war ein offenes Dienstauto — erhielt er von hinten aus der Menschenmenge einen schweren Schlag auf den Kopf, der eine stark blutende Wunde verursachte. Der Führer des Transportes verlor die Kontrolle, und das Auto fuhr auf dem Bürgersteig nach dem Untersuchungsgefängnis in Mauthausen. Unterwegs erlitt der Wagen eine Panne. In der Gegend des Neuen Sees blieb das Auto stehen und der Chauffeur erklärte, daß es einiger Zeit bedürfte, um den Wagen wieder flott zu bekommen.

Liebnechts Flucht und Ende.

Die Panne wurde Liebnecht's Verbündeter. Der Führer des Transportes fragte Liebnecht bei der Panne, ob er sich kräftig genug fühle, um bis nach der Charlottenburger Chaussee zu gehen, wo man ein Droschkenauto anhalten wollte, um Liebnecht weiterzubringen. Liebnecht

erklärte sich bereit dazu. Als der Transport etwa 50 Meter vom Auto entfernt war, fing Liebnecht auf einmal an, davonzulaufen. Es wurde ihm sofort „Halt“ und „Stillstehen“ nachgerufen, aber Liebnecht versuchte, in das Unterholz zu entkommen. Daraufhin wurden mehrere Schüsse auf ihn abgegeben. Einer davon traf ihn zwischen den Schultern am Hals. Er fiel um und war sofort tot. Seine Leiche wurde ins Schauspielhaus gebracht. — Erwähnt sei, daß Liebnecht vor dem Transport ausdrücklich eröffnet worden war, im Falle eines Rückschritts würde auf ihn geschossen werden und die Folgen habe er sich dann selbst zuzuschreiben.

Rosa Luxemburg vom Volk getötet.

Zusammen mit Liebnecht wurde bei Marcussohn auch Rosa Luxemburg festgenommen und gleichfalls zum Eden Hotel gebracht.

Während Liebnechts Abtransport wurde Rosa Luxemburg vernommen. Nach der Vernehmung sollte sie gleichfalls nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht werden. Um es nur die Menge zu hindern, angeordnet wurde, die Leiche durch eine Kiste vom Eingang fortzubringen. Ein Herr erklärte am Seiteningang des Hotels und erklärte, Rosa Luxemburg sei bereits durch einen anderen Ausgang fortgebracht worden. Daraufhin vertiefte sich die Menge. Der Offizier befragte zur Sicherheit das Auto und fuhr nach der Kaiser Wilhelm-Kirche zu, kam jedoch durch andere Straßen zurück und fuhr am Haupteingang am Kurfürstendamm vor. Dort war die Straße menschenleer. Er ging nun nach oben, um Rosa Luxemburg abzuholen.

Vergebliche Schutzmaßregeln.

Als der Offizier dann mit der Verhafteten herunterkam, hatte sich inzwischen schon wieder eine Menschenmenge angesammelt, die auch die Halle füllte. Der Führer ging mit ausgebreiteten Armen vor Frau Luxemburg, um ihr den Platz frei zu machen. Aber die Menge fürchte sich vor die kleine Person und schlug sie nieder. Demütigt wurde Frau Luxemburg in das Auto getragen. Als der Wagen anfuhr, um die Verhaftete fortzubringen, brang ein Mann auf das Trittbrett und gab dabei einen Schlag auf die Verhaftete ab.

Die Katastrophe.

Der Wagen saule nun in schneller Fahrt von dannen und kam so bis an die Brücke zwischen Kurfürstendamm und Hühnerstraße. Hier wurde er durch Rufe angehalten. Man glaubte, es handle sich um die Wache und ließ den Wagen halten. Im gleichen Augenblick fürzte sich die Menge auf das Auto, riß den Körper der Frau Luxemburg aus dem Auto heraus und verwarf ihn in der Dunkelheit. Es ist nicht möglich gewesen, bisher die Leiche aufzufinden. Wahrscheinlich ist sie in den Landwehrkanal geworden worden. Alles Suchen war bis zur Stunde vergeblich.

Kriegsgerichtliche Untersuchung.

Die Garde-Kavallerie-Schützendivision teilt folgendes mit: Zur Feststellung, ob die Führer der Begleitmannschaft von Liebnecht und Frau Rosa Luxemburg ihre dienstliche

Pflicht erfüllt haben, ist die kriegsgerichtliche Untersuchung eingeleitet worden. Der die Begleitmannschaft der Frau Rosa Luxemburg befehligende Offizier ist vom Dienst suspendiert, bis klargestellt worden ist, warum er zum Schutze der Frau Luxemburg nicht gegen das Publikum von der Waffe Gebrauch gemacht hat.

Auch die Regierung hat bereits eine besondere Untersuchung der Angelegenheit angeordnet.

Vergebliche Mühe der Wachen.

In dem Hause Mannheimerstr. 43 in Wilmersdorf wo Karl Liebnecht und Rosa Luxemburg verhaftet wurden, fand man auf dem Hofe einen großen Möbelpolster, in dem sich Maschinengewehre, Motorräder und Munition befanden. Als die Kriminalpolizei eindrang, war Liebnecht dabei, sich durch Abrufen seines Hundes den unteren Hof zu machen. Marcussohn, der Inhaber der Wohnung, ist Redakteur der „Neuen Freiheit“. Er und Liebnecht waren Tags zuvor auf dem Hofe vor dem Hause beobachtet worden, wie sie Gewehre vergruben. Das Schauspielhaus, in dem die Leiche Liebnechts untergebracht war, bildete heute das Ziel einer großen Menge Anhänger Liebnechts. Um Ausschreitungen zu vermeiden, wurde die Leiche entfernt. — Von militärischer Seite wird mitgeteilt, daß die Wache Liebnechts verpflichtet war, auf ihn zu schießen, als er auf mehrfachen Anruf nicht stehen blieb, zumal man auch erwarten mußte, daß er selbst bei Verfolgung von einer Waffe Gebrauch machte. — Die Menge, die das Eden Hotel umstellte, in dem sich Rosa Luxemburg vor ihrer Vernehmung befand, war durch keine Pflichten und Gegenmaßnahmen der Wachen zu entfernen. Bei dem Verhaftung, Rosa Luxemburg vor dem wilden Publikum zu schützen, erlitten mehrere Leute Verletzungen.

Siebzehn deutsche Freistaaten.

Berlin, 16. Jan. Nach dem Staatsgeheimrat hat man bereits vorgeesehen, daß folgende Gebiete sich zu selbständigen Freistaaten zusammenschließen können: Schlesien und Teile von Posen, Ostpreußen und Teile von Westpreußen, Brandenburg und Pommern mit beiden Mecklenburg die Stadt Groß-Berlin, Danoweb und Salsleben, Westfalen, das Rheinland, Hessen, Sachsen unter Einschluß preussischer Gebiete, Thüringen mit dem Regierungsbezirk Erfurt, Baden, Württemberg, Bayern, die Sanitätsstädte und schieflich Österreich, und als besonderer Freistaat die Stadt Wien.

Blutige Zusammenstöße in Düsseldorf.

Düsseldorf, 16. Jan. Hier fanden abermals blutige Zusammenstöße statt. Dabei wurden zwölf Personen getötet.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Professor Franz Oppenheimer ist als Ordinarius für Soziologie an die Universität Frankfurt a. M. berufen worden.

Düsseldorf. Bei den blutigen Vorgängen haben nach endgültigen Ermittlungen insgesamt 13 Personen das Leben eingebüßt, darunter zwei Frauen.

Leipzig. Bei der Waffenstillstandskommission überreichte Erzberger auch einen Protest der bayerischen, württembergischen und badischen Regierungen gegen die übertriebenen Anforderungen der Entente an Deutschland.

Karlsruhe. Zum Präsidenten der badischen Nationalversammlung wurde der Zentrumsgesandte Kopf, zum ersten Vizepräsidenten der Sozialdemokrat Hennele und zum zweiten Vizepräsidenten der Demofrat Wauer ernannt.

Sensbrunn. In Nordhorn wurde eine große Versammlung der Deutschen Volkspartei in der Dr. Stresemann sprechen sollte, durch den ausgehenden Wöbel unter Anwendung von Gewalt gestoppt. Stresemann entkam unter Lebensgefahr.

Luxemburg. An Stelle der zurückgetretenen Großherzogin Adelheid hat deren Schwester Charlotte die Herrschaft übernommen.

Paris. Hier ist der Vertrauensmann Wilsons, Oberst Soule, plötzlich verstorben.

Lugano. Die italienische Grenze ist wieder für den allgemeinen Veroneserverkehr freigegeben worden.

Vermischte Meldungen.

Karlsruhe. Das Karlsruher städtische Saferamt wird von den Franzosen besetzt werden. Es werden 60 Mann dorthin verlegt werden. Auch die Mannheimer Dolananlagen werden von der Entente zwecks Kontrolle der Rheinabfahrt besetzt werden.

Mannheim. Sämtliche bürgerliche Parteien der Rheinpalas beschloßen für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung eine Verbindung der Listen.

Bromberg. Polnische Warden sprengen die Bahn- und Straßenbrücke üblich Wehwalde.

Königsberg. Nach Meldungen aus Rona haben die Bolschewiki dort einen eiligen Abzug angetreten. Als Grund wird eine in Petersburg ausgebrochene Gegenrevolution bezeichnet.

Lissabon. In Portugal ist eine große revolutionäre Bewegung ausgebrochen, wobei es zu schweren Gefechten kam.

Amsterdam. Die sämtlichen Banken wollen Deutschland keinen Kredit mehr einräumen, da es in den neutralen Ländern schon 5 Milliarden Schulden habe.

Frankenbad. Seit einigen Tagen ist Frankensbad von kaiserlichen Truppen besetzt.



Rosa Luxemburg.



Dr. Karl Liebnecht.

Wer
das Beste für das deutsche Volk
und somit für sich selbst will, der folge dem
großen Führer der deutschen
demokratischen Partei
unseres Wahlkreises, des ferndeutschen Mannes und
aufrechten Demokraten, Herrn
Landwirt Theodor Tanken-Heering.